



Geschäftsstelle: Beate Ziegler  
**Haus der Demokratie und Menschenrechte**  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin  
Tel. 030 – 42 02 17 71  
Fax. 030 – 42 02 17 72  
E-Mail: [kontakt@forum-menschenrechte.de](mailto:kontakt@forum-menschenrechte.de)

*Sperrfrist: 22.6.17 / 15.00 Uhr*

**Menschenrechte müssen zentraler Bestandteil von politischem Handeln werden**

*[Berlin, den 22. Juni 2017] Das FORUM MENSCHENRECHTE – Netzwerk von 50 in Deutschland menschenrechtspolitisch aktiven Nichtregierungsorganisationen - forderte in einem Gespräch am 22. Juni 2017 in Berlin von Außenminister Gabriel einen an der Realität orientierten neuen Lagebericht zu Afghanistan, stärkeres Engagement für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern sowie konkrete Taten zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes Wirtschaft und Menschenrechte, durch die deutsche Unternehmen in die Pflicht genommen werden.*

Am 22. Juni 2017 hatten Vertreter und Vertreterinnen des FORUM MENSCHENRECHTE Gelegenheit, mit Außenminister Gabriel im Auswärtigen Amt Anliegen des Menschenrechtsschutzes zu diskutieren. Dabei überreichte das Forum Minister Gabriel den Wahlforderungskatalog des Netzwerks von 50 Organisationen.

Dr. Jochen Motte, Mitglied des Koordinationskreises, betonte, dass angesichts mangelnder Kohärenz innerhalb der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung das **Amt des Menschenrechtsbeauftragten im Auswärtigen Amt** aufgewertet werden müsse, um so in Kooperation mit Menschenrechtsverantwortlichen in anderen Ministerien eine Koordination menschenrechtlicher Anliegen im Regierungshandeln zu gewährleisten.

Mit Blick auf die **Asyl- und Migrationspolitik** forderte das Forum von Außenminister Gabriel, eine an der tatsächlichen Gefährdungslage neugefassten Lagebericht zu Afghanistan zu erstellen, unter Einbeziehung der Berichte internationaler Organisationen und gesicherter Informationen zu einzelnen Regionen in Afghanistan, die als Fluchialternativen bezeichnet werden. Günter Burkhardt, Mitglied des Koordinationskreises, bezeichnete den aktuellen Bericht als „oberflächlich, veraltet und wertend“. Dem eigenen Anspruch des Auswärtigen Amtes, asylrelevante Fakten zusammenzustellen, wird er nicht gerecht. „Nirgendwo in Afghanistan ist es derzeit sicher“, so Burkhardt.

Besorgt zeigte sich das Forum über die weltweite Entwicklung, dass viele Regierungen die **Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft**, Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigerin immer mehr einschränken. Gegenüber Außenminister Gabriel drückte Dr. Michael Krennerich, Mitglied des Koordinationskreises, für das Forum die Erwartung aus, dass die Bundesregierung – auf multilateraler und bilateraler Ebene – die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Grup-

pen entschieden verteidigt, entschlossen auf den Abbau repressiver Gesetze und Praktiken hinwirkt und sich für den Schutz für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern einsetzt.

Im Anschluss an die Verabschiedung des **Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte** im Dezember 2016 forderte das Forum, dass den Worten nun Taten folgen. „Deutsche Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, auch in ihren Auslandsaktivitäten auf die Arbeits- und Menschenrechte zu achten“ – so Dr. Julia Duchrow, Mitglied des Koordinationskreises. Die Bundesregierung muss sich auch international für eine Regulierung der globalen Wirtschaft einsetzen: Das erfordert eine konstruktive Beteiligung an der aktuellen Initiative bei den Vereinten Nationen für ein Völkerrechtsabkommen, das klare Regeln für Unternehmen schafft und den Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen Klagemöglichkeiten eröffnet.

In einem weiteren Gespräch am 22.6. in Berlin mit der Beauftragten für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, Dr. Bärbel Kofler, und Vertreterinnen und Vertretern aus anderen Ministerien anlässlich der bevorstehenden **Auswertung Deutschlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UPR-Universal Periodic Review)**, brachten Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen des Forums ihre Erwartungen zu Themen wie u.a. Flucht / Migration, Rassismus, Kinder- und Frauenrechte, wirtschaftliche und soziale Rechte, Entwicklung und Menschenrechte an den Bericht der Bundesregierung zum Ausdruck.

*Kontakt:*

*Günter Burkhardt, 0171-9309484*

*Dr. Jochen Motte, 0173-2866077*